

Enttäuschendes Weihnachtsgeschäft schürt Existenzangst im Handel

Vor Monaten noch als Lichtblick zum Jahresausklang erhofft, ist das Weihnachtsgeschäft von Enttäuschung geprägt. Wie eine aktuelle Trendumfrage des Handelsverbands Deutschland (HDE) unter 1.000 Handelsunternehmen zeigt, sind zwei Drittel der Befragten unzufrieden mit dem bisherigen Verlauf. Mit Blick auf die wachsende Existenzgefahr fordert der HDE die Abkehr von 2G im Handel und eine bundesweit einheitliche Lösung.

„Das diesjährige Weihnachtsgeschäft ist eine herbe Enttäuschung für viele Händlerinnen und Händler. 2G setzt ihnen seit Wochen zu, und das in der für gewöhnlich umsatzstärksten Zeit des Jahres“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Wenige Tage vor Weihnachten sei die Stimmung betrübt, ganz besonders in den Innenstädten. Hier sind laut HDE-Trendumfrage 80 Prozent der befragten Unternehmen mit der Geschäftsentwicklung in der Weihnachtszeit unzufrieden. Auch über der Woche vor dem vierten Advent schwebt ein großes Minus bei Umsätzen und Frequenzen. Der unter 2G-Bedingungen geöffnete Non-Food-Handel verzeichnete einen Rückgang der Umsätze um 34 Prozent im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019. Im innerstädtischen Handel gingen die Erlöse um 35 Prozent zurück, während die Kundenfrequenzen 41 Prozent hinter dem Vorjahresniveau zurückblieben. Dramatisch ist die Lage ganz besonders im Bekleidungshandel, der 37 Prozent seiner Umsätze verlor und 42 Prozent niedrige Besucherzahlen verzeichnete. „Das deutliche Minus bei Umsätzen und Frequenzen hat sich durch die gesamte Adventszeit gezogen und die angespannte Situation im Handel Woche für Woche verschärft“, so Genth weiter.

Wie aus der HDE-Trendumfrage hervorgeht, haben nur 15 Prozent der Befragten aus dem Non-Food-Handel positive Erwartungen an die Zeit bis zum Jahresende. „Es geht um weit mehr als ein erfolgreiches Weihnachtsgeschäft. Es geht um Existenzen“, betont Genth. Bei weiter geltenden Zugangsbeschränkungen für Geschäfte sieht laut Umfrage etwa die Hälfte der befragten Non-Food-Händler ihre Existenz in Gefahr. „Nach monatelangen Lockdowns bringt 2G viele Händlerinnen und Händler erneut an den Rand ihrer Existenz. Unverhältnismäßige Zutrittsbeschränkungen darf es nicht länger geben“, betont Genth. Das niedersächsische Obergericht habe gerade erst bestätigt, dass 2G im Handel unverhältnismäßig sei und keinen wirksamen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie leiste. „An diesen Regelungen in anderen Bundesländern festzuhalten, ist inakzeptabel. Es braucht eine bundesweit einheitliche und verhältnismäßige Lösung“, so Genth. In über eineinhalb Jahren Pandemie habe sich das sichere Einkaufen mit Hygienekonzepten, Abstand und Maskenpflicht bewährt.